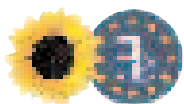




Erfolge der Grünen im Europäischen Parlament



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

1999 – 2004

GRÜNE/EFA FRAKTION

ERFOLGE IM

EUROPÄISCHEN

PARLAMENT

1999 – 2004

Dies ist eine Zusammenfassung Grüner Initiativen und Erfolge in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments während der letzten fünf Jahre. Wie sie sehen können, übten wir, trotz unserer relativ geringen Größe (45 MEPs von insgesamt 626), einen bedeutenden Einfluss aus und waren in allen gesetzgebenden Bereichen des Parlaments aktiv. Dieser Überblick erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll Anregungen und Beispiele für weitere Nachforschungen liefern. Die namentliche Erwähnung der verschiedenen Verfasser dieser Dokumente soll hierbei als Hilfestellung dienen.

Bitte zögern sie nicht, mit uns in Kontakt zu treten, wenn sie weitere Detailinformationen benötigen.

Wir freuen uns, sie mit allen nötigen Informationen über unsere gesetzgeberischen Erfolge zu versorgen.

Mit freundlichen Grüßen,

Vula Tsetsi

Co-Generalsekretärin der Grünen/EFA-Fraktion

Brüssel, 16 April 2004

Inhaltsangabe

Umwelt und Gesundheit.....	4
Lebensmittelsicherheit.....	4
Gentechnisch veränderte Organismen.....	5
Landwirtschaft.....	6
Fischerei.....	6
Energie.....	7
Regionalpolitik und Verkehr.....	8
Konvent.....	9
Erweiterung.....	9
Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	10
Bürgerliche Freiheiten und Justiz.....	10
Entwicklungspolitik.....	12
Industrie.....	12
Haushalt und Haushaltskontrolle.....	13
Kultur.....	13
Auswärtige Angelegenheiten, Internationale Beziehungen, Menschenrechte.....	14
Außenhandel (einschließlich WTO).....	16
Rechte der Frau.....	16
Zugang zu Dokumenten und Petitionen.....	17
Initiativen der Grünen in der Plenarsitzung (außerhalb der parlamentarischen Berichte) :.....	17

Umwelt und Gesundheit

- Im Rahmen der Umsetzung des Kyoto-Protokolls war der Beitrag der Fraktion Die Grünen/EFA entscheidend für die Verabschiedung eines bindenden und ehrgeizigen Systems für den Handel mit Emissionsrechten, das 50% der CO₂-Emissionsrechte in Europa abdeckt. Dieses System lässt kein "Opting-Out" in bestimmten Sektoren zu und legt für die Mitgliedstaaten eine Obergrenze fest, die mit den Verpflichtungen zur CO₂-Reduzierung auf europäischer Ebene vereinbar ist.
- Um die Hersteller elektrischer und elektronischer Geräte zu mehr Öko-Design zu ermutigen, konnte die Fraktion erreichen, dass die individuelle Haftung des Herstellers bei der Finanzierung der Abfallaufbereitung am Ende des Lebenszyklus dieser Geräte anerkannt wird.
- In der Frage der Wasserqualität konnten die Grünen erreichen, dass in die Rahmenrichtlinie Wasser die Beendigung der Einleitung von „prioritär gefährlichen Substanzen“ in den nächsten 20 Jahren aufgenommen wird.
- Bei der Novellierung des gesetzlichen Rahmens für Pharmaprodukte konnte die Fraktion Die Grünen/EFA die Werbevorschlage der Pharmaindustrie verhindern und größere Transparenz bei den Genehmigungsverfahren für Medikamente durch besseren Zugang zur Information für die Öffentlichkeit gewährleisten.
Die Fraktion Die Grünen/EFA konnte auch die Dauer des "Datenschutzes" für Medikamente verringern, um so die Markteinführung der Generika zu beschleunigen.
- Im Bereich Chemieprodukte konnte die Fraktion Die Grünen/EFA mehrere Sonderrichtlinien verbessern, darunter das Verbot des Einsatzes von für die menschliche Reproduktion Krebs erregenden, mutagenen oder giftigen Substanzen in Kosmetika, das Verbot bestimmter Schwermetalle oder Flammverzogerer in elektrischen oder elektronischen Geräten, die Neutralisierung des Chroms VI im Zement zur Verhinderung von Hautallergien.
- Die Fraktion Die Grünen/EFA konnte die Unterstützung des EP für eine verstärkte Novellierung aller Gesetze über chemische Substanzen gewinnen (Bericht Inger Schorling).
- Um eine bessere Luftqualität zu erreichen (insbesondere beim SO₂), arbeitet die Fraktion seit mehreren Jahren an der Verbesserung der Benzinqualitat (für Pkw und Schiffe).

Lebensmittelsicherheit

- Nach dem Tiermehlverbot haben die Grünen an der Ausarbeitung neuer Regeln über den Umgang mit und die Behandlung von tierischen Unterprodukten mitgewirkt.
- Die einzigen vier, im Tierfutter noch prophylaktisch und zur Wachstumsbeschleunigung genehmigten Antibiotika werden ab 2006 verboten. Das Verbot dieser Antibiotika auf der Grundlage des Vorsichtsprinzips bleibt ein großer politischer Erfolg der Fraktion Die Grünen/EFA, obwohl der Geflügelsektor ausgenommen wurde.
- Der Bericht Lannoye über Pestizide und der Bericht van Brempt waren weitere Erfolgserlebnisse der Fraktion Die Grünen/EFA. Sie umfassen beide entscheidende Punkte, zum Beispiel den Appell zur Einführung eines juristisch EU-weit bindenden Passes für Pestizide. In diesem Pass muss der Landwirt alle Pestizideinsatze eintragen, um so die Kontrolle und die Kennzeichnung von Lebensmitteln zu erleichtern.
- Um eine größere Kontrolle und eine bessere Transparenz durch das EP sicherzustellen, hat die Fraktion Die Grünen/EFA ebenfalls die Veröffentlichung im Internet des Schnellalarmsystems im Falle von Gefahren für europäische Lebensmittel durch Rückstände erreicht.

- Die Fraktion Die Grünen/EFA konnte eine Mehrheit für die Verabschiedung des Berichts Breyer über die Bestrahlung von Lebensmitteln zusammenbringen. Dieser Bericht tritt für einen vorsichtigen Ansatz gegenüber dieser zweifelhaften Technologie ein, die dazu verwendet werden kann, Hygienemängel bei der Herstellung oder der Behandlung von Lebensmitteln zu kaschieren.
- Ministerrat und EU-Kommission haben schließlich die von den Grünen unterstützte offene Erklärung über Tierfutter akzeptiert, die endlich den Tierzüchtern die Möglichkeit geben wird zu wissen, womit sie ihre Tiere füttern (Bericht Graefe zu Baringdorf).

Gentechnisch veränderte Organismen

- Die Fraktion Die Grünen/EFA hat eine entscheidende Rolle bei der Ausrichtung der aktuellen europäischen Gesetze über die Zulassung, Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte und Lebensmittel gespielt. Vor dem Inverkehrbringen müssen diese Produkte und Lebensmittel seit 2003 einem spezifischen Zulassungsverfahren unterworfen werden, mit dem sichergestellt werden soll, dass solche Produkte und Lebensmittel keine negativen Wirkungen auf die Umwelt oder die Gesundheit von Mensch und Tier haben.
- Es ist den Grünen zu verdanken, dass die EU 2003 gegen den Willen der EU-Kommission Vorschriften für die Ausfuhr von GVO in Drittländer angenommen hat, die weit über die Verpflichtungen der Union nach internationalem Recht hinausgehen.
- Auf der Basis einer Initiative der Fraktion Die Grünen/EFA zwingt die neue Regelung die Mitgliedstaaten, unabsichtlich grenzüberschreitende Bewegungen in andere Länder zu vermeiden.
- Mehrere grüne politische Initiativen haben im Juli 2003 zu einer Änderung der Gesetze über GVO geführt, die den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben wird, Maßnahmen zur Gewährleistung der Koexistenz von gentechnisch veränderten, konventionellen und biologischen Kulturen zu ergreifen.
- Die Fortsetzung des Moratoriums (Oktober 1998) für jeden neuen Antrag auf Inverkehrbringen von GVO ist ein weiterer großer Erfolg der Fraktion Die Grünen/EFA.
- Die Grünen konnten die Verabschiedung einer Änderung der Richtlinie über die absichtliche Freisetzung von GVO erwirken, wonach künftig sämtliche GVO-Anbauorte in ein öffentliches Register eintragen werden müssen. Wie die Europäische Kommission in ihrer Empfehlung zu den Leitlinien zur Koexistenz anerkannt hat, ist dieses Registererfordernis für die Umsetzung der Maßnahmen zur Koexistenz absolut notwendig. Auf Initiative der Grünen wurde im Dezember 2003 eine Entschließung (Bericht Graefe zu Baringdorf) über die Koexistenz von GVO- und nicht GVO-Kulturen mit einer großen Mehrheit des Europäischen Parlaments angenommen. Diese Entschließung fordert die Europäische Kommission auf, die Schwelle für die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Organismen in Saatgütern auf ein technisch zuverlässig messbares Niveau festzuschreiben, das den Nachweis ihrer Existenz auf wissenschaftlich niedrigstem Niveau ermöglicht. Diese Entschließung bringt zum Ausdruck, dass die Vorschriften der EU über die Koexistenz den Mitgliedstaaten erlauben müssen, den Anbau gentechnisch veränderter Organismen in beschränkten geografischen Gebieten gänzlich zu verbieten, um die Koexistenz zu gewährleisten.
Schließlich fordert die Entschließung die EU-Kommission auf, einen Vorschlag für eine Zivilhaftung auf Gemeinschaftsebene und für eine Versicherung gegen eventuelle finanzielle Schäden im Zusammenhang mit der Koexistenz vorzulegen.

Landwirtschaft

- Nach mehrjähriger Arbeit ist es der Fraktion Die Grünen/EFA schließlich gelungen, in den Konvent das Mitentscheidungsverfahren in den Bereichen Landwirtschaft und Fischfang hinsichtlich der Rahmengesetze zur Einführung gemeinsamer Marktorganisationen aufnehmen zu lassen.
- Die Fraktion Die Grünen/EFA konnte in Europa ein Gemeinschaftsprogramm zur Erhaltung und Anwendung traditioneller und regionaler Pflanzensorten und Tierrassen einführen. Durch die Schaffung einer Haushaltslinie über den Agrarausschuss und den Haushaltsausschuss hat das EP die Europäische Kommission gezwungen, eine gesetzliche Grundlage für dieses Programm über die Erhaltung und die Biodiversität in der Landwirtschaft zu schaffen. Um die Verluste bei der biologischen Vielfalt bis zum Jahre 2010 aufzuhalten, ist die Fraktion vom Europaparlaments unterstützt worden, als sie wiederholt die Aufnahme eines Indikators für Biodiversität in die jährliche Analyse der Entwicklung der nachhaltigen Entwicklung forderte (Aktionspläne zur biologischen Vielfalt, Bericht Isler Béguin).
- Änderung der Gemeinsamen Agrarpolitik:
Auf der Ebene des EP und des Ministerrates hat die Fraktion Die Grünen/EFA wesentlich dazu beigetragen, einen konstruktiven Kompromiss bei der Halbzeitprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erzielen. Mit diesem Kompromiss wurde der Grundsatz der Entkopplung der Produktion eingeführt und den Mitgliedstaaten gleichzeitig die Möglichkeit gegeben, die Reform durch Entkopplung an regionale Unterschiede anpassen und die Produktionsrechte und individuellen Zahlungen zwischen Regionen und Produzenten neu zu verteilen.
- Im Rahmen der WTO und gegenüber der GAP ist es den Grünen gelungen, das Konzept des „qualifizierten externen Schutzes“ in die Entschließung des EP über die Agrarverhandlungen aufnehmen zu lassen. Dies bedeutet, dass bei Einfuhren in die EU sozioökonomische und soziologische Bedingungen eingeführt werden, die das Einfuhrdumping kontrollieren und beenden. Andererseits kann durch einen qualifizierten externen Schutz eine integrierte landwirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungsländern auf der Basis eines Fonds, der Gelder aus Antidumpingsteuern verwendet, unterstützt werden.
- Die Grünen konnten Kampagnen auflegen und verschiedene Netzwerke über Biodiversität und ländliche Entwicklung, insbesondere mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, einrichten:
 - Die Grünen konnten die europäische Regelung über biologische Landwirtschaft, sowohl auf der Ebene der Kontrollen, der Zertifizierung (Bericht Auroi) als auch des Haushalts erheblich stärken.
 - Auch dank der intensiven Lobbyarbeit der Grünen ist das kürzlich von der Europäischen Kommission aufgelegte europäische Aktionsprogramm zur biologischen Landwirtschaft entstanden.

Fischerei

- Die Grünen haben daran mitgewirkt, die europäische Unterstützung für die Fischpiraterie durch Streichung der Beihilfen für die Ausfuhr von Fangschiffen in Länder mit Billigflaggen, die die Fischereiregeln nicht respektieren, zu verringern. Die Fraktion Die Grünen/EFA hat die Europäische Kommission ebenfalls gedrängt, einen Aktionsplan gegen Fischpiraterie zu veröffentlichen, was zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb der europäischen Industrie geführt hat.

- Gemeinsam mit den europäischen grünen Ministern konnte die Fraktion Die Grünen/EFA erreichen, dass das politische Bewusstsein für Schäden, die die europäische Fangflotte in Entwicklungsländern verursacht, gestiegen ist. Dieser Druck hat die Europäische Union zu einer Verbesserung der Fischereiabkommen veranlasst. Ein Graben trennt zurzeit die Länder, die um jeden Preis fischen wollen, von denjenigen, die sich für den Umweltschutz einsetzen.

Energie

- Die Grünen konnten die Richtlinie „Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien“ nachhaltig prägen. Hier zwei wichtige positive Ergebnisse:
 - Die Mitgliedstaaten müssen nationale Richtziele festlegen, damit im Jahr 2010 22 % des in der EU erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammt (statt 14 % im Jahr 1997);
 - Die Mitgliedstaaten können frei wählen, welches System zur Förderung erneuerbarer Energien sie praktizieren möchten. Dies ist ein Sieg über die EU-Kommission, die ein einheitliches System von so genannten „grünen Zertifikaten“ durchsetzen wollte.
- EURATOM und Verfassungsvertrag:

Es ist uns zu verdanken, dass die Debatte über die Zukunft des Euratom-Vertrages und der Atomenergie in Europa abgestoßen wurde. In der letzten Sitzung des Konvents wurde ein Vorschlag der Grünen, den Euratom-Vertrag von der Verfassung auszuschließen, angenommen. Euratom erhielt eine eigene Rechtspersönlichkeit. „Der angenommene Vorschlag garantiert das Austrittsrecht der Mitgliedstaaten des Euratom-Vertrags, ohne dass dieser Verzicht Folgen für ihre Zugehörigkeit zur Europäischen Union hat“. Nichtsdestotrotz ist ein Status hinsichtlich des Inhalts des Euratom-Vertrags festzustellen. Die Grünen haben die Einberufung einer Konferenz zur Änderung des Vertrags verlangt, um die veralteten Vertragsbestimmungen, vor allem hinsichtlich der Förderung der Atomenergie und des Fehlens demokratischer Entscheidungsverfahren, abzuschaffen.
- Dank dem Bericht Turmes zur Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes konnten die Grünen dazu beitragen, dass zwei wichtige Aspekte in die Richtlinie aufgenommen wurden:
 - Stromrechnungen und sonstiges Werbematerial der Stromanbieter müssen zumindest über den Energiemix des vergangenen Jahres informieren (wie viel Prozent des im vorangegangenen Jahr erzeugten Stroms hat der Anbieter jeweils aus Kohle, Atomkraft, Erdgas und erneuerbaren Energiequellen gewonnen). Ebenso wird der Verbraucher – sowohl der gewerbliche als auch der private – sich zumindest auf der Internetseite eines jeden Anbieters darüber informieren können, welche Menge CO₂ und radioaktiven Abfalls dieser erzeugt. In einem liberalisierten Markt wird der Kunde also das Recht haben, seinen Anbieter frei zu wählen und somit auch die Umweltbelastung zu verringern, wenn er dies wünscht.
 - Stilllegungsfonds:

Ein Thema, das die Grünen bei der ersten Lesung in den Vordergrund gestellt haben, ist die Inanspruchnahme des für die Stilllegung von Atomkraftwerken eingerichteten Fonds durch Versorgungsbetriebe und die sich daraus eventuell ergebende Nutzung dieser Gelder für den Erwerb von weiteren Marktanteilen. In einigen Mitgliedstaaten verwalten die Betreiber von Atomkraftwerken die Gelder, die sie für die Stilllegung der Anlagen und die Müllentsorgung zur Seite legen müssen. In anderen Ländern hingegen werden die Gelder von unabhängigen Rechtspersonen verwaltet. Sobald Stilllegungsfonds von den Versorgungsbetrieben für Investitionen genutzt werden, kommt es zu Wettbewerbsverzerrungen.

Schließlich haben sich die drei europäischen Institutionen dank der Grünen in einer gemeinsamen Erklärung verpflichtet zu überprüfen, ob die für die Stilllegung der Atomkraftwerke und die Atommüllentsorgung bereitgestellten Mittel wirklich für diese

Zwecke genutzt und transparent verwaltet werden um sicherzustellen, dass keine Hindernisse für einen fairen Wettbewerb auf dem Energiemarkt entstehen.

In einer im Plenum des EP vorgetragenen Erklärung erkennt die EU-Kommission an, dass die Stilllegungsfonds dem Gemeinschaftsrecht unterliegen müssen. Mit anderen Worten muss bei der Verwaltung dieser Fonds auch das im EG-Vertrag festgeschriebene Wettbewerbsrecht beachtet werden.

Regionalpolitik und Verkehr

- Die Grünen haben die Einsetzung eines nichtständigen Untersuchungsausschusses zum Fall Prestige erwirkt.
- Im Rahmen des spanischen Hydrologieplans und auf der Grundlage der Anwendung der Wasserrahmenrichtlinie und ihrer Auswirkung auf die Strukturfonds ist es den Grünen gelungen, die Finanzierung des spanischen Hydrologieplans zu lähmen.
- Die Grünen konnten erreichen, dass die Europäische Kommission die klare Einhaltung des Umweltschutzprogramms Natura 2000 in den Strukturfondsprogrammen strenger kontrolliert.
- Im Zuge der Grünen Konferenz zum Programm "Natura 2000" im Dezember 2002 erreichten die Grünen die Unterstützung der EU-Kommission für die Schaffung eines Europäischen Naturschutz-Observatoriums und Natura-2000-Netzwerkes, das derzeit eingerichtet wird.
- Die Grünen haben den grundlegenden Text für den Teil zu Forschung und Entwicklung im 6. Rahmenprogramm entworfen und formuliert, der den Bereich des „nachhaltigen Land- und Seeverkehrs“ betrifft: *Haushaltsvolumen 610 Mio. EUR*. Dieser Text wird zurzeit für verschiedene Projekte zu Interoperabilität, Intermodalität, Sicherheit und Nachhaltigkeit im Verkehr verwendet.
- Luftverkehr und Umwelt:
Die Grünen haben einen Initiativbericht verfasst, der sich auf die Flughafenpolitik und deren Auswirkungen konzentriert, wie z. B. Lärmbelästigung. Die Vorschläge der Fraktion Die Grünen/EFA hinsichtlich der globalen Auswirkungen und des Grundsatzes der tatsächlichen Kosten des Luftverkehrs wurden angenommen. Die Weiterverfolgung dieses Themas durch die EU-Kommission verzögert sich.
- Verkehr und Gesundheit: Die Grünen haben einen Initiativbericht zu diesem Thema verfasst.
Zwei Punkte wurden vom EP angenommen: „die Bewertung der gesundheitlichen Auswirkungen von Verkehrsprojekten“ sowie „die Förderung des Laufens/ Fahrradfahrens aus gesundheitsdienlichen Gründen“.
- Liberalisierung der Hafendienste:
Dank der Fraktion Die Grünen/EFA hat das EP diese Richtlinie in dritter Lesung abgelehnt. Dies war ein außerordentlicher Erfolg für die Fraktion.
- Im Rahmen der Änderung der Transeuropäischen Verkehrsnetze konnten die Grünen eine strengere Definition der Anwendung der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung von Projekten erwirken. So erreichten die Grünen, dass ein Änderungsantrag, mit dem das Brückenprojekt über die Meerenge von Messina abgelehnt wurde, in erster Lesung angenommen wurde.
- Eurovignette (Besteuerung von Lkw für die Nutzung der Infrastrukturen): Die Grünen konnten erreichen, dass der Grundsatz der externen Umwelt- und Sozialkosten aufgenommen wurde.
- Mobilitätsmanagement im EP:
Mit Unterstützung der Liberalen Fraktion konnten die Grünen erreichen, dass ein Verkehrsplan für europäische Abgeordnete, Mitarbeiter und Besucher des EP verfasst

wird. Dieser Plan muss noch verbessert werden, die Fraktion arbeitet daran und plant noch für 2004 neue Aktionen.

Konvent

- Kennzeichnend für die letzten fünf Jahre war der Versuch einer tief greifenden institutionellen und politischen Reform der Europäischen Union. Diese Reformen wurden von zwei Konventen vorbereitet, an die sich zwei Regierungskonferenzen anschlossen. Die Grünen haben entscheidend zu diesem Prozess beigetragen.
- Was die Demokratisierung der Union anbelangt, so war und ist die Vision der Grünen häufig avantgardistisch. Die Grünen waren bei weitem die Ersten, die den Begriff europäische Demokratie benutzten, lange bevor dieser zum Slogan des Konvents über die Zukunft Europas wurde.
- Auf der Ebene der Reform der Verträge kämpfen die Grünen in erster Linie für eine radikale Abkehr von der Methode der Regierungszusammenarbeit. Es zeugt von einem ersten Erfolg, dass ein Konvent die laufende Verfassungsreform vorbereitet hat. Die Grünen werden sich auch weiterhin für die Abschaffung der Einstimmigkeit kämpfen und das Vetorecht eines Mitgliedstaates ablehnen.
- Dank der ständigen Interpellationen der Grünen im Europäischen Parlament und im Konvent zeugt das Konventprojekt schon von grundlegenden institutionellen Fortschritten auf dem Gebiet der Demokratie und der Gewaltenteilung. Einige Beispiele: der Wille der Bürger als Grundlage für die europäische Integration, Rechtspersönlichkeit, Hierarchie der Normen, keine gesetzgebende Macht für den Europarat, legislativer Rat, öffentlicher Charakter der europäischen Gesetzgebung und Eingliederung der Menschen-rechtscharta in den Verfassungsentwurf.
- Im Rahmen des Konvents waren die Grünen ebenfalls in folgenden Fragen besonders erfolgreich:
 - - Euratom (siehe Rubrik: Energie)
 - Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe Soziales (siehe Rubrik: Wirtschafts- und Sozialpolitik)
 - Die Einführung des Konzepts eines zivilen Friedenskorps und Konfliktverhütung (siehe Rubrik: Auswärtige Angelegenheiten, internationale Beziehungen und Menschenrechte)
 - Die Annahme des Mitentscheidungsverfahrens in der Landwirtschaft (siehe Rubrik: Landwirtschaft) und
 - die endgültige Aufnahme der nachhaltigen Entwicklung in die Dokumente des Konvents.

Erweiterung

Im Rahmen der Berichte über die Erweiterung beziehen sich die größten Erfolge der Grünen auf:

- die Anerkennung der Minderheitenrechte und besonders der Roma als europäisches Thema;
- die Integration der sozialen Dimension in die Monitoringberichte des EP (*zu Beginn der Legislaturperiode war dieses Thema nicht genügend beachtet worden*);
- die Förderung und den Schutz der Rechte der Frauen, die dank der Ausdauer der Grünen mehr und mehr in den Monitoringberichten berücksichtigt wurden (Unterrepräsentanz

- der Frauen in der Politik, hoher Anteil der von Arbeitslosigkeit und extremer Armut betroffenen Frauen, Recht auf Abtreibung);
- die Notwendigkeit, eine menschlichere und weniger repressive Asylpolitik zu entwickeln, die auf dem Grundsatz der Solidarität basiert;
 - die Grünen sind für einen versöhnlichen Ansatz zu den Benes-Dekreten eingetreten;
 - Umweltfragen wurden in allen Verhandlungsphasen mit den Beitrittskandidaten in den Vordergrund gerückt, insbesondere die Gesetze zum Umweltschutz;
 - die Einhaltung der Verpflichtungen der neuen Mitgliedstaaten, was Stilllegung und Sicherheit von Atomkraftwerken angeht.

Die größten Kämpfe zu diesem Thema beziehen sich auf Ignalina (Litauen), Bohunice (Slowakei), Kozluduj (Bulgarien), und das Abkommen von Melk zum Atomkraftwerk Temelin (Abkommen zwischen Österreich und der Tschechischen Republik). Die Grünen haben darauf bestanden, dass das EP voll von der EU-Kommission über das Follow Up informiert wird.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

- Auf dem Umweg über den Bericht Lambert zur Koordinierung der Sozialversicherungssystem hat der Ministerrat den Forderungen der Fraktion Die Grünen/ALE stattgegeben. Seit 2003 gilt die Verordnung 1408/71 auch für Drittstaatsangehörige.
- Im Rahmen des Konvents wurde eine besondere Arbeitsgruppe Soziales auf Initiative der Fraktion Die Grünen/EFA eingesetzt.
- Seit mehreren Jahren fordern die Grünen, im Rahmen des Ziels der Vollbeschäftigung qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in Betracht zu ziehen. Ihre Forderung wurde schließlich erhört und mitberücksichtigt.

Es ist den Grünen ebenfalls gelungen:

- zu erreichen, dass das EP die Mindestgrenzen für die Besteuerung von Dieselkraftstoffen für den Strassenverkehr heraufsetzt und vielmehr die steuerlichen Ausnahmen überprüft (Bericht Jonckheer über die Besteuerung von Energieprodukten);
- den ersten Bericht über die Europäische Investitionsbank in der Geschichte des Europäischen Parlaments anzustoßen und das EP dazu zu drängen, von dieser Institution mehr Transparenz sowie eine stärkere Kontrolle ihrer Projekte zu verlangen (Bericht Lipietz über die EIB);
- vom EP zu verlangen, im Rahmen der von der Präsidentschaft 2003 initiierten Wachstumsinitiative über die Leitlinien der Wirtschaftspolitik regelmäßig auf eine koordinierte Investitionspolitik zu drängen, die an Umwelttechnologien geknüpft ist und auch erneuerbare Energien einschließt (Bericht Randzio-Plath (A5-45/2004));
- eine Mehrheit für die Änderungsanträge der Grünen/EFA zum Ausschluss des Wassersektors von den europäischen Strategien zur Liberalisierung der Märkte und zur Stärkung der Rolle der lokalen und regionalen Behörden bei der Verwaltung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu erreichen (Bericht Herzog);
- die Möglichkeiten der Behörden zu vergrößern, soziale und Umweltkriterien im Rahmen ihrer Politiken der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen zugunsten eines besseren Gleichgewichts zwischen den Umweltpolitiken und dem Binnenmarktgrundsatz (Bericht Zappala über die Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe).

Bürgerliche Freiheiten und Justiz

- Auf der Basis des Richtlinienvorschlags der EU-Kommission zur Familienzusammenführung und Migranten hat das EP einen Bericht verabschiedet, der einerseits die Position der EU-Kommission unterstützt und andererseits den Anwendungsbereich ausdehnen will – zum Beispiel auf die Definition der Familie, die Verbesserung des Status der Familienmitglieder und vor allem der Frau.
Unglücklicherweise ist der Ministerrat der Position des EP nicht gefolgt und hat die Familienzusammenführung auf Kinder bis zu 12 Jahren beschränkt.
Was diese Beschränkung anbelangt, haben die Grünen die Initiative ergriffen und in einer Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof die Annullierung des Artikels 4 der Richtlinie beantragt. Das EP ist dieser Initiative gegen den Beschluss des Ministerrates gefolgt. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.
- Im Übrigen haben Zuwanderer, die sich seit mehr als fünf Jahren in der EU aufhalten, erstmals in der europäischen Geschichte und dank der Intervention der Grünen ein europäisches Aufenthaltsrecht erhalten. Mit diesem europäischen Aufenthaltsrecht erhalten sie Zugang zur Freizügigkeit innerhalb der EU. Bisher wurde der Wechsel eines Immigranten von einem Staat der Union in den anderen als Wechsel aus dem Herkunftsland behandelt. Einer der wichtigsten Berichte des EP bezieht sich auf den Status der Flüchtlinge in der Union. Diese Richtlinie bildet die Grundlage einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik der EU. Dank des Berichts Lambert ist es den Grünen gelungen, das EP zur Verabschiedung einer Position zu veranlassen, die über die Position der EU-Kommission hinausgeht, indem er den Anwendungsbereich der Richtlinie auf Flüchtlinge ausdehnt, die nicht von der Genfer Konvention von 1951 erfasst werden (indem er zum Beispiel den Schutz vorübergehender Flüchtlinge einschließt). Diese Richtlinie wird zurzeit im Ministerrat diskutiert.
- Es ist den Bemühungen der Fraktion Die Grünen/EFA und dem Bericht Buitenweg zu verdanken, dass das EP mit einer Mehrheit der Stimmen einen Standpunkt gegen Rassismus und Diskriminierung verabschiedet hat.
- Die Grünen kämpften anfangs alleine für eine demokratische Kontrolle von Europol, es schlossen sich ihnen aber zunehmend auch andere politische Akteure an:
 - Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch über die demokratische Kontrolle von Europol veröffentlicht. Der Ministerrat befasst sich zurzeit offiziell mit dieser Frage.
 - Auch der Konvent über die Zukunft Europas befürwortet die "Vergemeinschaftung" von Europol, was mit anderen Worten heißt, dass eine Kontrollbefugnis des Europaparlaments und des Europäischen Gerichtshofes anerkannt wird.
- Seit der schrittweisen Einführung des europäischen Justizraumes haben die Grünen anfänglich als Einzige gefordert, dass die europäische justizielle Integration einhergehen muss mit der Anerkennung eines gemeinsamen Sockels von Verfahrensgarantien, insbesondere hinsichtlich der Verteidigungsrechte. Die grünen Forderungen sind seit Inkrafttreten des europäischen Haftbefehls (am 1. Januar 2004) noch wichtiger geworden. Diese Kampagne beginnt positive Ergebnisse zu zeigen.
In der Tat hat die EU-Kommission soeben ein Grünbuch zu diesem Thema mit dem erklärten Ziel veröffentlicht, dass die EU ein legislatives Instrument schafft, das Personen vor Gericht einheitliche Verfahrensgarantien zusichert.
- Die Fraktion Die Grünen/EFA hat für ein Schutzniveau personenbezogener Daten in der dritten Säule (polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit) gekämpft, das zumindest dem für die erste Säule (Binnenmarkt) geltenden Schutzniveau entspricht.
Unsere Arbeit scheint letztlich Früchte zu tragen, und zwar aus mehreren Gründen:
 - den zahlreichen Versuchen zur Herabsetzung des Schutzniveaus ist bisher Einhalt geboten worden;
 - der Vorsitz des Ministerrats hat kürzlich einen Vorschlag zur Angleichung des Schutzniveaus der dritten Säule an die erste Säule vorgelegt;

- der Konvent zur Zukunft Europas befürwortet die Aufhebung der dritten Säule, genauer gesagt ihre Verschmelzung mit der ersten Säule. Dies würde zum gleichen Ergebnis führen, doch trübt ein Schatten das Bild, da die Europäische Union vor kurzem beschlossen hat, dass die Anbieter von Telekommunikationsdiensten die Verbindungsdaten für einen bestimmten Zeitraum „aufbewahren“.
- Echelon-System:
Auf Initiative der Grünen Fraktion wurde im Jahre 2000 ein nichtständiger Ausschuss des Europaparlaments zum Echelon-System (weltweites System der allgemeinen Überwachung, das von den USA insbesondere mit Hilfe von Großbritannien gesteuert wird) eingesetzt. Dieser Ausschuss hat unsere Befürchtungen hinsichtlich der Existenz dieses Systems bestätigt. Dennoch haben wir uns gegen die Schlussfolgerungen dieses Ausschusses ausgesprochen, weil er sich sehr wohl hütet, politische Konsequenzen daraus zu ziehen, insbesondere was die Verletzung der europäischen Rechtsvorschriften zum Schutz der Privatsphäre betrifft.

Entwicklungspolitik

- Zugang zu Arzneimitteln für Entwicklungsländer
 - Erster Sieg: Im Oktober 2000, bei der Parlamentarischen Versammlung AKP-EU,
 - Zweiter Sieg: Im März 2001 bei der Abstimmung über den Bericht Gemelli (Gratislizenzen für die Herstellung und Vermarktung von Arzneimittel in Notfällen) hinsichtlich der Entwicklungspolitik der EU: Als sich 39 internationale (europäische und amerikanische) Pharmafirmen gegen ein südafrikanisches Gesetz von 1997 über den preiswerten Import von Generika für AIDS-Kranke verbündeten. Im März 2001 verabschiedet das EP eine in den Medien stark beachtete Dringlichkeitsentschließung, die diesen Prozess verurteilt und das Recht auf den Zugang zu Arzneimitteln bekräftigt. Aufgrund der weltweiten Protestwelle ziehen die 39 Pharmafirmen schließlich ihre Klage zurück, doch ist der Kampf auf der Ebene der WTO noch nicht gewonnen.
- Zugang zu Trinkwasser in den Entwicklungsländern
Der Bericht Lannoye befürwortet die Anerkennung des Zugangs zu Trinkwasser als Grundrecht der Menschen. Außerdem wurde dieses Recht vor kurzem in den Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aufgenommen, der sich gegen die Privatisierung ausspricht, die die ärmsten Bevölkerungsgruppen benachteiligt. Der Bericht trägt vor, dass in den meisten EU-Ländern die Wasserversorgung in staatlicher Hand liegt und ruft die EU-Kommission auf, ihre Forderung nach Privatisierung der Wasserversorgung in den Entwicklungsländern (für die GATS-Verhandlungen) zurückzuziehen.
(Von sechs Milliarden Menschen haben fast 1,7 Milliarden - davon gehören 60 % zur afrikanischen Bevölkerung - keinen Zugang zu Trinkwasser. Die Situation wird durch die Intensivlandwirtschaft, den Bau von großen Staudämmen, die industrielle Verschmutzung, die Abholzung von Wäldern usw. noch verschlimmert.)
- Was GVO-Kulturen als Lösung für Hunger und Unterernährung in den Entwicklungsländern angeht, ist die Fraktion Die Grünen/EFA die einzige politische Kraft – außer der GUE -, die gegen die Ausfuhr von GVO-Kulturen ist.

Industrie

- Freeware: Die Grünen haben regelmäßig Änderungsanträge zugunsten von Freeware eingebracht und unterstützt, häufig erfolgreich, sei es im Haushaltsausschuss oder in

- Forschungsprogrammen. Die Fraktionsvorsitzenden der Grünen/EFA haben ebenfalls das EP aufgefordert, auf Freeware umzusteigen.
- Softwarepatente: Die Grünen bildeten die Avantgarde und haben erfolgreich gegen einen Richtlinienvorschlag zur Legalisierung des Softwarepatents in der EU gekämpft. Die Fraktion Die Grünen/EFA hat einen Sieg im Kampf gegen einen Richtlinienentwurf zur Legalisierung von Softwarepatenten in der EU errungen.
 - Aus Sorge um die gesundheitlichen Auswirkungen elektromagnetischer Wellen besorgt sind haben Die Grünen erreicht, dass das Vorsorgeprinzip in einigen Entschlüssen berücksichtigt wird.
 - Die Grünen haben als erste die Debatte über Nanotechnologie angestoßen (Umgang mit Materie auf Atomebene).

Haushalt und Haushaltskontrolle

- Auf der Basis einer grünen Initiative konnte der Flüchtlingsfonds erhalten bleiben und der zugewiesene Haushaltsbetrag wird künftig höher sein (Aufteilung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, um die Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge zu verbessern).
- Es ist den Grünen gelungen, in den Haushalt der Union Anmerkungen einzufügen, die im Laufe der Jahre zu einer stärkeren Berücksichtigung der Menschenrechte und der Konfliktverhütung geführt haben.
- Es ist auch den Grünen zu verdanken, dass eine neue spezifische Haushaltslinie für die Stilllegung von Atomkraftwerken angelegt wurde.
- Auf der Basis eines Vorschlags der Grünen wurde die Entlastung des EP für das Jahr 2000 bis zur Umsetzung besonderer Reformen verschoben. Zurzeit können wir die positiven Auswirkungen auf die Verbesserung des Etats und – langsame - Fortschritte bei der Art und Weise der Ausschreibungen öffentlicher Aufträge beobachten. Es wurden mehrere Änderungsanträge angenommen, die die Verbesserung der Umweltarbeit des EP zum Ziel hatten. 2001 hat der Bericht Staes die Reformen weiter vorangetrieben.
- Die Grünen sind nahezu die einzige Fraktion, die Änderungsanträge im Zusammenhang mit Umweltfragen sowie ökologischen und sozialen Auswirkungen der Haushaltsaktivitäten der EU eingereicht haben. Für die Wähler, die in den Institutionen ein Fass ohne Boden sehen, sind die Grünen eine gute Wahl, weil sie eine Analyse der Auswirkungen der ausgegebenen Mittel verlangen. In der Tat haben die Grünen erreicht, dass der Haushaltskontrollausschuss die Erstellung einer breit angelegten Studie über öko-soziales-Auditing akzeptiert hat. Der Vertrag für diese Studie wurde inzwischen vergeben. Die Studie könnte in einige der interessantesten Bereiche der modernen Entwicklung der Effizienzsteigerung öffentlicher Ausgaben einmünden.
- Im Rahmen des neuen Finanzregelwerks des EP haben die Grünen mehrere Änderungsanträge eingereicht mit dem Ziel besserer Transparenz und vermehrter Möglichkeiten für die Institutionen, Umweltbelange bei der Vergabe öffentlicher Aufträge mit in Betracht zu ziehen (Teilerfolg für die Grünen).

Kultur

- Verteidigung der europäischen Filmindustrie:
 - Auf diesem Gebiet waren wir die aktivste Fraktion. Tatsächlich ist die Fraktion Die Grünen/EFA immer wieder in Form der Initiativberichte Vander Taelen über eine "bessere Verbreitung europäischer Filme im Binnenmarkt und in den Beitrittsländern" und zu bestimmten "Rechtsfragen im Zusammenhang mit Kinofilmen und anderen audiovisuellen Werken" für die Verteidigung und Förderung der europäischen Filmindustrie eingetreten.

- Die Grünen sind für die Prüfung der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ eingetreten, um eine klare Definition einzuführen, was ein „europäisches Werk“ und was ein „unabhängiger Produzent“ ist, und um die Verteidigung des Pluralismus in den Medien in die Richtlinie aufzunehmen.
- Schutz der Rechte der Künstler:
 - Die Fraktion hat die Initiative für eine Entschließung über die Rechte audiovisueller Künstler ergriffen, die ziemlich positiv aufgenommen wurde. Die Entschließung verlangte einen stärkeren und eindeutigeren Schutz des geistigen Eigentums auf internationaler Ebene.
 - Wir haben der Situation der Künstler hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen, der Implikationen der darstellenden Künste in anderen Wirtschaftsbereichen und der klareren Definition des Begriffs „darstellende Künste“ in der Mitteilung „Einen europäischen Raum der Bildung und des lebenslangen Lernens schaffen“ besondere Aufmerksamkeit geschenkt.
- Die Grünen/EFA haben sich für die Verteidigung der Minderheitensprachen und der Sprachenvielfalt eingesetzt.
- In verschiedenen Berichten haben die Grünen auf dem Unterschied zwischen Kulturgütern und kulturellen Dienstleistungen sowie anderen Gütern und Dienstleistungen bestanden. Sie sind ebenfalls für die Förderung der kulturellen Vielfalt eingetreten und haben gegen die Liberalisierung der Kulturgüter in der WTO gekämpft, vor allem durch mündliche Anfragen zu diesem Thema.

Auswärtige Angelegenheiten, Internationale Beziehungen, Menschenrechte

- Europäisches Ziviles Friedenskorps:

Dieses Konzept wurde von der Fraktion Die Grünen/EFA im Europaparlament eingeführt, die es bis dato aktiv unterstützt hat (Empfehlung von Per Gahrton und Änderungsanträge zu vielen verschiedenen Berichten).

Dank der Fraktion Die Grünen/EFA ist das ECPC (Europäisches Ziviles Friedenskorps) im endgültigen Entwurf der europäischen Verfassung enthalten, wenn auch die Aktivitäten des Korps auf humanitäre Aufgaben beschränkt werden. Dank dieses grünen Konzepts haben der Ministerrat und die Europäische Kommission sowie die Mitgliedstaaten weitgehend den Grundsatz anerkannt, welcher der Zivilgesellschaft erlaubt, sich als Kraft in der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung einzusetzen.
- Konfliktverhütung: Die Grünen waren die Fraktion, die mehr als andere gefordert hat, eine effektive und einheitliche Politik zur Konfliktverhütung zu entwickeln (Bericht Lagendijk). Die Konfliktverhütung ist eines der Ziele der EU-Außenpolitik, das im Verfassungsentwurf erwähnt wird.
- Die Grünen haben unablässig die Frage der Umsetzung der Menschenrechtsklausel angesprochen. Sie haben Ministerrat und EU-Kommission aufgefordert, ein eindeutiges Verfahren festzulegen, nach dem diese Klausel angewandt werden kann.
- Der Gedanke eines Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien stammte in erster Linie von den Grünen, insbesondere von Alexander Langer. Dieser Gedanke wurde anschließend für die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) aufgegriffen. Die Grünen, von denen alle Entschließungen hierzu ausgingen, haben einen großen Einfluss auf den ICC gehabt. Die wichtigsten Paten der interfraktionellen Arbeitsgruppe des EP „Freunde des ICC“ gehören außerdem der Fraktion Die Grünen/EFA an.
- Die Grünen haben als erste vom Ministerrat und von der EU-Kommission Erklärungen zur Aufhebung der Todesstrafe und der Folter sowie eine eindeutige Entschließung hierzu verlangt und auch erhalten.

- Der Vorschlag für einen Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde von den Grünen formuliert.
- Der Vorschlag für die Entsendung eines Sonderbeauftragten für den Kaukasus wurde von den Grünen zu Beginn dieser Legislaturperiode vorgelegt und in den Bericht Gahrton übernommen. Der Ministerrat akzeptierte letztendlich diese Idee und beschloss kürzlich die Entsendung eines Vertreters in diese Region.
- Was Tschetscheniens betrifft, so war es den Grünen zu verdanken, dass das Europäische Parlament auf die Beteiligung aller Parteien Tschetscheniens, einschließlich des letzten ernannten Präsidenten Maschadow, am Friedensprozess drängte. Die Fraktion Die Grünen/EFA war in der Lage, die Aufschiebung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Russland vorübergehend zu beeinflussen.
- Die Rolle der Grünen hinsichtlich der verheerenden Situation der Atommüllentsorgung in der Barentssee war entscheidend.
- Beim angereicherten Uran und den Splitterbomben konnten die Grünen die Annahme einer Entschließung zugunsten eines Moratoriums für Waffen dieser Art erwirken.
- Die Grünen haben eine Erklärung des Ministerrates und der EU-Kommission erwirkt, um eine gründliche Vorbereitung der EU auf die Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die 3. Konferenz zur Änderung des Atomwaffensperrvertrages (ASV) zu gewährleisten.
- Die Grünen setzen sich auch weiterhin sehr stark für die Sache Tibets ein. Ihrem Engagement ist es zu verdanken, dass das EP den Vorschlag, einen EU-Sondergesandten in dieses Land zu schicken, angenommen hat.
- Die Kandidaturen von Nurit-Peled und Izzat Ghazzawi, Preisträger des Sacharow-Preises, wurden von der Fraktion Die Grünen/EFA vorgestellt mit dem Ziel, Personen zu unterstützen, die sich mit friedlichen Mitteln für Frieden und Versöhnung im Mittleren Osten einsetzen.
- 2000 gehörten die Grünen zu den Ersten, die ein internationales Kriegsverbrechertribunal für das Saddam-Regime wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit forderten.
- Es ist den Grünen zu verdanken, dass die EU für die Vorbereitung und eine sorgfältige Nachbereitung der jährlichen Sitzungsperiode der UN-Menschenrechtskommission zuständig ist.
- Die Grünen haben sehr stark zum Erfolg des Verhaltenskodex für die Ausfuhr von Waffen beigetragen.
- Was die Situation im Irak anbelangt, hat das EP dank der Billigung mehrerer Änderungsanträge der Grünen und der Sozialisten in der Abstimmung vom 30. Januar 2003 einen eindeutigen Standpunkt gegen den Krieg im Irak verabschiedet und sich gegen "einseitige Militäraktionen" und „Präventivschläge“ ausgesprochen.
- Auf der Basis einer grünen Initiative haben 454 europäische und nationale Abgeordnete einen Appell gegen den Krieg unterzeichnet. Im Rahmen dieser Initiative sind Vertreter von vier politischen Parteien des EP (31 Parlamentarier) für einen letzten Appell gegen den Krieg nach Bagdad, New York und Washington gereist.
- Nordkorea:
Die Grünen sind seit vielen Jahren die wichtigste politische Kraft im EP, die eine Überprüfung der EU-Politik gegenüber Nordkorea gefordert hatten. Sie verlangen insbesondere, dass die Unterstützung von KEDO (Organisation für die Entwicklung der Energiewirtschaft auf der koreanischen Halbinsel) eingestellt und stattdessen alternative Energieprogramme für Nordkorea entwickelt werden. Am 30. Januar 2003 hat das EP eine Entschließung verabschiedet, die dem Standpunkt der Grünen im Bereich der Energie sehr nahe kommt.
- Im Dezember 2003 erwirkten die Grünen eine Erklärung des Ministerrates und der EU-Kommission zum Vorschlag mehrerer Unionsländer, das Embargo für den Export von Waffen nach China aufzuheben. Es ist den Grünen zu verdanken, dass das EP eine Entschließung angenommen hat mit der Forderung, an dem Embargo festzuhalten.

Außenhandel (einschließlich WTO)

- Die Fraktion Die Grünen/EFA ist die einzige, die systematisch auf der Ablehnung des "free trade" (Freihandel) besteht und den "fair-trade" (fairen Handel) und die nachhaltige Entwicklung in den Vordergrund stellt. Die Grünen haben schon immer darauf bestanden, dass der Handel sozialen und Umweltzielen dienen muss und nicht umgekehrt.
In diesem Zusammenhang haben die Beiträge der Grünen in Seattle (WTO), Porto Alegre (Weltsozialforum und Parlamentarisches Weltforum), Doha (WTO), Johannesburg (Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung), Cancún (WTO) und Mumbai (Weltsozialforum und Parlamentarisches Weltforum) mit dazu beigetragen, die grüne Botschaft zu verbreiten und eine neue Dynamik zu schaffen.
- Die Fraktion Die Grünen/EFA war Mitinitiatorin des Parlamentarischen Weltforums, das bisher 4 Treffen parallel zum Weltsozialforum und eine Treffen des europäischen Netzes veranstaltet hat. Die Grünen haben auch das Internationale Parlamentarische Netz mit ins Leben gerufen, dessen Sekretariat teilweise von ihnen übernommen wird.
- Seit dem Gipfel von Göteborg betonen die Grünen, dass man für alle wichtigeren Außenaktivitäten Nachhaltigkeitsprüfungen durchführen müsste. Dies geschieht heute.
- Der Bericht Lucas über das Abkommen EU-Mexiko bringt unter anderem die Forderung der Beteiligung der betroffenen Zivilgesellschaft an den Bewertungen internationaler Abkommen ein.

Rechte der Frau

- Die Berichterstatterin der Grünen, Patsy Sørensen, zeichnete verantwortlich für den ersten große Bericht zum Menschenhandel, der den Weg bereitete für eine ganze Reihe von Initiativen seitens der EU-Kommission und des Ministerrates. Dazu zählen z.B. : eine gemeinsame Definition für Menschenhandel im Strafgesetz der Mitgliedstaaten, höhere Strafen und eine neue Richtlinie zum Schutz der Opfer, insb. der Opfer sexuellen Missbrauchs. Die Grünen haben die Beitrittskandidaten für dieses Thema sensibilisiert und erreicht, dass diese Fragen in die Monitoring-Berichte aufgenommen wurden.
- Mit der Novellierung der Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu Beschäftigung ist es den Grünen gelungen, für einen optimalen Schutz der Frauen gegen Diskriminierung zu sorgen inkl. beispielsweise von Einschränkungen nach Fragen familienbezogener Aspekte bei der Einstellung und ihren Schutz bei sexueller Belästigung im weiteren Sinne zu erhöhen: das Recht, nach einer Schwangerschaft an einen gleichwertigen Arbeitsplatz zurückzukehren, Einschluss aller rückwirkenden Ansprüche bei Beförderungen und aller sonstigen Vorteile während des Mutterschaftsurlaubs.
- Mit dem Bericht Hautala wurde eine nationale Stelle eingerichtet, die die Umsetzung der Richtlinie und der EU-Gesetze im Bereich Rechte der Frauen am Arbeitsplatz überwacht und individuelle und kollektive Beschwerden entgegennimmt.
- Die Grünen traten für einen maximalen Schutz der Opfer sexueller Belästigung und der Zeugen ein. Ausserdem müssen dank Grünem Druck nunmehr alle europäischen Unternehmen Aktionspläne gegen sexuelle Belästigung vorlegen und die Programme zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen auf Unternehmensebene fördern. Diese Richtlinie wird am 1. Januar 2005 in den Mitgliedstaaten in Kraft treten.
- Am 10. März 2004 wurde auf Initiative der Grünen eine EntschlieÙung angenommen, mit welcher die Berufung einer Frau als Präsidentin der Europäischen Kommission angestrebt wird.

Zugang zu Dokumenten und Petitionen

- Es ist den Grünen zu verdanken, dass beim Zugang der Bürger zu Informationen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie im weiteren Sinne im Bereich auswärtige Angelegenheiten eine völlige Blockierung verhindert werden konnte.
- Die Grünen haben großen Einfluss auf die Verordnung zum öffentlichen Zugang (der Bürger) zu Dokumenten der europäischen Institutionen gehabt (zurzeit sind sogar die internen Unterlagen der EU-Kommission, des EP und des Ministerrates sowie die Mitteilungen der Mitgliedstaaten an die europäischen Institutionen betroffen, weil in dieser Verordnung eingeschlossen).
- Die Grünen haben den Anstoß für die Petitionen zum spanischen Hydrologieplan gegeben und unterstützt. Dank mehrerer Anhörungen konnte die Öffentlichkeit schließlich sensibilisiert werden, auch für die Petitionen zu Sellafield und Cap de la Hague (Beide betreffen die Wiederaufbereitung von Atommüll und/oder die Produktion von MOX). Dank dem Bericht STOA, der auf der Basis einer Initiative der Fraktion Die Grünen/EFA entstanden ist, konnten mehrere Anhörungen über die Behandlung atomarer Abfälle im Petitionsausschuss durchgeführt werden.
- Eine Petition, die von der Fraktion Die Grünen/EFA gegen ein Bauprojekt im Crystal Palace Park (Grossbritannien) eingereicht wurde, hat die EU-Kommission dazu veranlasst, das Vereinigte Königreich vor den Europäischen Gerichtshof wegen Verstosses gegen die Umweltverträglichkeitsprüfung (1. Dezember 2003 - Fall CJE C-508/2003) zu bringen.
- Trotz der anfänglichen Ablehnung des EP ist es den europäischen Grünen gelungen, die Entsendung einer Vertretung des EP nach Finnland zu erwirken, um das Hafenprojekt, das an einem Natura 2000-Standort gebaut wird, zu prüfen (Petition zum Vuosaari-Hafen, die von den finnischen Naturschutzverbänden angestoßen wurde).

Initiativen der Grünen in der Plenarsitzung (außerhalb der parlamentarischen Berichte) :

Seit Oktober 2000 haben die Grünen bis heute mehr als 120 Initiativen entweder alleine oder mit anderen Fraktionen in den Plenarsitzungen des EP vorgeschlagen und erhalten. Über diese Initiativen mit oder ohne EntschlieÙung hat die Fraktion Die Grünen/EFA den Ministerrat, die Europäische Kommission sowie das Parlament zur Stellungnahme aufgefordert. Auf diese Weise konnten die Grünen ihre Prioritäten in den Vordergrund rücken und auf das politische Tagesgeschehen sowie auf die Anfragen der Bürger eingehen (Siehe separate Liste der Initiativen).

*
* *